

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

Februar 1990

★ "KEINEN KINDERGARTENTAG OHNE DEN TARIFVERTRAG!" ★

Ausdauer und Entschlossenheit der Streikenden machen Mut für kommende Arbeitskämpfe !

Fünf Wochen Streik der Erzieherinnen und Erzieher in den öffentlichen Kindertagesstätten - damit hatte Mompers SPD/AL-Senat nicht gerechnet. 'Die paar Weiber werden bestimmt schnell klein beigegeben', das war sein Kalkül. Mit großem Durchhaltevermögen, mit viel Wut, Empörung und Kraft und in guter, kämpferischer Stimmung geht der Streik weiter. Die Streikenden brachten auf der Streikversammlung am letzten Freitag zum Ausdruck, daß sie auch bereit sind, über die fünfte Woche hinaus weiterzustreiken, wenn der Senat ihre berechtigten Forderungen nicht endlich erfüllt. Sicher, dieser Streik kostet auch viel Kraft und Energie, er macht auch manchmal müde; aber dennoch: anders ist die Forderung nach der Festlegung des Personalschlüssels in einem Tarifvertrag nicht durchzusetzen.

Dieser Streik ist der bisher längste Arbeitskämpfe in Westberlin. Er ist ein Vorbild für alle anderen Bereiche, nicht nur für "soziale Bereiche", sondern auch für die Arbeiterschaft in den Betrieben.

Mit gleicher Entschlossenheit und Ausdauer müssen die Kolleginnen und Kollegen in ihre Tarifausschüsse gehen. Er ist ein Vorbild und sollte ein Ansporn sein, zumal hier ein Teil der

Werkstätigen streikt, dem man es nicht zugetraut hatte: Frauen, Erzieherinnen, die in ihrem sozialen Engagement jahrelang schlechtere Arbeitsbedingungen und Lohnkürzungen hinnahmen; die dazu noch aufgesplittert in eine Vielzahl von Einrichtungen sind. Die Kapitalisten verzeichnen märchenhafte Profitraten, der Senat finanziert darüberhinaus die Großbetriebe noch mit riesigen Subventionen und unterhält einen der größten städtischen Polizeiapparate der ganzen Welt. Die Kassen sind leer, das trifft nur dort wirklich zu, wo die Werkstätigen betroffen sind - sei es bei den Kitas, dem öffentlichen Nahverkehr, Gas, Wasser, Strom, bei der Sozialhilfe, etc.

Ein ganz aktueller Beweggrund für die Politik der höchst unsozialen Einsparungen im Sozialetat ist der folgende: Die Einverleibung der



Protestkundgebung vor dem Schöneberger Rathaus

als großdeutscher Kanzler und Mompers als großberliner Bürgermeister - all das auf unsere Kosten!

VERLEUMDUNGEN UND NACHRICHTENS- SPERRE NICHT ZULASSEN !

Den Erzieherinnen und Erziehern wurde vorgeworfen, sie würden die 'egoistischen Interessen einer kleinen Gruppe' verfolgen. In Wirklichkeit sind es die egoistischen Interessen der dünnen Schicht von Finanzmagnaten, Bankiers und Industriellen, die mittels des Staates auf Kosten und auf dem Rücken der überwältigenden Mehrheit, der Arbeiter und anderen Werktätigen tagtäglich durchgesetzt werden.

Mit geballter Kraft wird eine Hetzkampagne auf die Streikenden losgelassen - mal offen, mal versteckt. Im Fernsehen und in den Zeitungen kommen zumeist Leute zu Wort, die sich über den Streik beschweren. Innensenator Pätzold erklärte die Erzieherinnen und Erzieher quasi zu Verfassungsfeinden. Wenn auch vereinzelt, so gab es Fälle, wo mit Polizeigewalt versucht wurde, Streikbrechern den Zutritt zu den Kitas zu verschaffen.

Ein Hauptmittel zur Isolierung der Streikenden ist das beharrliche VERSCHWEIGEN, die VERWEIGERUNG DER BERICHTERSTATTUNG. Kein einziges Mal wurde z.B. in den westdeutschen Hauptnachrichtensendungen über den Streik berichtet und auch angeblich "liberale" Blätter wie die FR etc. haben nichts geschrieben und auch hier ist die Berichterstattung mehr als spärlich. Es herrscht quasi eine NACHRICHTENSPERRE.

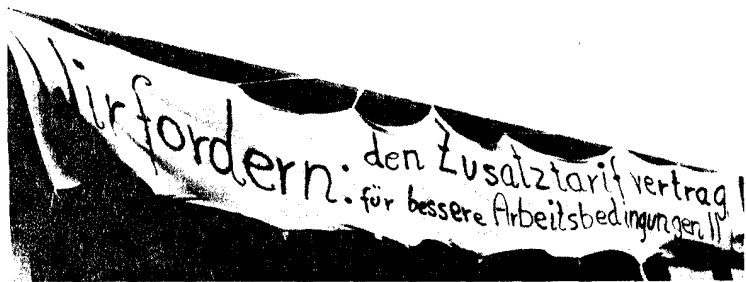
Die Ursache dafür liegt nicht nur in der Angst, daß sich der Streik nach Westdeutschland und auf andere Bereiche ausdehnt. Die Hauptursache besteht darin, daß dieser Streik nicht in die so wohl inszenierte deutsch-nationale "Wiedervereinigungs"-Stimmung paßt. Daß er die lebendige Warnung an alle anderen Werkstätigen enthält, nicht widerspruchslos sich die Kosten für die chauvinistische Einverleibung der DDR aufbürden zu lassen und zugleich auffordert, sich wirksam und entschlossen für die eigenen Interessen einzusetzen. Die ach so freie Presse erweist sich, wenn es der Bourgeoisie darauf ankommt, als in Wirklichkeit gleichgeschaltet.

Aber um so bemerkenswerter ist und bleibt der Kampf der Erzieherinnen und Erzieher, die sich auch in dieser Situation nicht davon haben abhalten lassen, den Streik durchzuführen. Das ist ein empfindlicher Schlag gegen den nationalen Taumel, gegen die Friedhofsruhe.

DAS MISSTRAUEN GEGENÜBER DEN GEWERKSCHAFTS-FÜHRERN IST BERECHTIGT

Auf der Streikversammlung nach der ersten Verhandlung von Gewerkschaften und Senatsvertretern wurde mit einem Transparent "Gegen faule Kompromisse" Front gemacht und das Mißtrauen gegenüber den Führern von ÖTV und GEW war deutlich zu spüren. Wir meinen, daß die Streikenden guten Grund für dieses Mißtrauen haben. Die Gewerkschaftsführer haben jahrelang zugesehen, wie sich die Arbeitsbedingungen in den Kitas ständig verschlechterten.

Und tun sie heute auch wirklich alles, um z.B. die Streikfront zu verbreitern? Diese Verbreiterung wäre dringend nötig, um den Druck zu erhöhen. Angesichts von vielfältigen Solidaritätsadressen, aber fehlenden Kampfaktionen in den Betrieben und in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes verstärkt sich die Frage, wozu haben wir nun jahrelang Mitgliedsbeiträge bezahlt? Doch, um nicht alleine dazustehen, wenn es um Kampf geht.



Der ÖTV-Chef Lange verwies in diesem Zusammenhang nur auf die 'leider mangelnde Unterstützungsbereitschaft' und empfahl, sich auf sich selbst zu verlassen. Das ist zynisch, denn die Macht und Möglichkeiten des Gewerkschaftsapparates werden ganz und gar nicht im Interesse des Arbeitskampfes voll entfaltet, sondern wird bewußt auf Sparflamme gehalten. Ist es nicht so, daß es die Basis ist, die die ganze Arbeit macht? Und das ist auch gut so, denn das wirkliche Vertrauen auf die eigene Kraft ist vonnöten. Die Streikenden können sich nicht auf die ÖTV- und GEW-Führer verlassen.

Im SFB - "Stadtgespräch" wurde z.B. deutlich, wie ÖTV-Lange und GEW-Laube gegenüber den Senatsvertretern immer und immer wieder ihre Kompromißbereitschaft versicherten und betonten, die Forderungen wären ja 'Maximalforderungen'; "alles könne verhandelt werden", sie verstünden 'natürlich die wirtschaftlichen Notwendigkeiten' des Senats. Wenn sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre mit sozialdemokratischen Abgeordneten und einem sozialdemokratischen Innensenator verhandeln, dann haben die Kolleginnen jeden Grund mehr als mißtrauisch zu sein. Die Erfahrungen aus anderen Streikämpfen - vor allem die wirklich kämpferischen Aktionen

vor zwei Jahren in Rheinhausen - lehren: wenn sich die Kolleginnen und Kollegen auf die Gewerkschaftsführer verlassen, sind sie verlassen, werden sie von ihnen übers Ohr gehauen. Das Vertrauen auf die eigene Kraft bedeutet, bereit zu sein, sich auch gegen die Gewerkschaftsführung zu stellen. Nur gegen falsche Ratschläge, faule Versprechungen, abwieglerische und irreführende Anweisungen dieser Führer können die Werktätigen den Kampf für ihre Interessen konsequent führen.

WAS MUSS SICH GRUNDLEGENDEND ÄNDERN ?

Auch wenn dieser Arbeitskampf erfolgreich abgeschlossen werden kann, wird dies an der grundlegenden Situation auch im Erziehungsbereich nichts wesentliches ändern. Ob früher der CDU- oder heute der SPD/AL-Senat, der mit so großen Versprechungen (wohlgemerkt vor der Wahl) angetreten ist, sie alle setzen die Politik der Unternehmer, des Kapitals, die Politik der Kostenabwälzung auf die Werktätigen (auf die beim Senat beschäftigten Erzieherinnen und Erzieher und auf die Eltern) durch. Diese Erfahrungen konnten die Streikenden jetzt in ihren Kämpfen

machen. Erste Erfolge heute werden morgen direkt oder hintenrum wieder rückgängig gemacht, die allgemeine Verschlechterung der Lage läßt sich auf lange Sicht nur verlangsamen, wenn gekämpft wird, aber nicht stoppen. Den Typen von Staat und Kapital ist durch "Überzeugung" nicht beizukommen. Freiwillig verzichten die Repräsentanten und Nutznießer der bestehenden Ausbeuterordnung auf kein einziges ihrer Privilegien und erst recht nicht auf ihr ganzes Ausbeuterparadies. Sie wissen sehr wohl, unter welchen schlechten Arbeitsbedingungen die Erzieherinnen und Erzieher tagtäglich arbeiten und die Kinder ihre Zeit verbringen müssen.

Vertrieb für INTERNATIONALE LITERATUR

BRUNHILDSTR. 5

ÖFFNUNGSZEIT:

WESTBERLIN 62

SA. 10-14 Uhr

Schriften des Kommunismus, KomIntern, teilweise in verschiedenen Sprachen

Natürlich wissen die Damen und Herren des Senats, was da los ist. Nur sie wollen und wollten nichts wissen, gerade weil sie wissen und wußten.

Es gehört zum Wesen aller Regierungen dieses Systems, den Abbau der "sozialen Lasten", ihre Politik der "Einsparungen" gerade bei den Schwächsten und Ärmsten durchzuführen. Und deshalb warnen sie, daß nach Entgegenkommen bei den Erzieherinnen und Erziehern andere Bereiche kommen, die Krankenschwestern, Altenpflegerinnen, usw., um ihrerseits Forderungen zu stellen.

Dieser Staat, der sich so sozial schimpft, beruht auf dem Prinzip der kapitalistischen Ordnung, nämlich der Erzielung von Maximalprofiten für die wirtschaftlichen und politischen Machthaber. Und in Wirklichkeit werden anstelle dieses Prinzips niemals die Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit und wahrer Menschlichkeit treten, es sei denn, diese ganze "Ordnung" selbst wird zerschlagen und durch eine wahrhaft sozialistische ersetzt, die mit proletarischer Gewalt auch dafür sorgt, das niemals wieder neue Ausbeuter sich in den Nacken der Werktätigen setzen, wie das schon seit Jahrzehnten in der DDR der Fall ist.

Nein, diese Gesellschaftsordnung kann nicht friedlich und freundlich, sozusagen per Parlamentsbeschluß, zu einer humanistischen umgepolt werden. Eine solche kann nur auf den Trümmern der alten Gesellschaft entstehen.



SOLIDARITÄT MIT DEN STREIKENDEN ERZIEHERINNEN UND ERZIEHERN !

IHR KAMPF GIBT MUT UND KRAFT FÜR KOMMENDE ARBEITSKÄMPFE IN ANDEREN BEREICHEN UND BETRIEBEN !

" Ein bürgerlicher Beobachter der Kommune schrieb im Mai 1871 in einer englischen Zeitung: 'Wenn die französische Nation nur aus Frauen bestünde, was wäre das für eine schreckliche Nation!' Die Frauen und die Kinder vom 13. Lebensjahr an kämpften während der Kommune neben den Männern. Und auch in den kommenden Kämpfen um die Niederwerfung der Bourgeoisie kann es nicht anders sein. Die proletarischen Frauen werden nicht passiv zusehen, wie die gut bewaffnete Bourgeoisie die schlecht bewaffneten oder gar nicht bewaffneten Proletarier niederschleift. Sie werden wieder, wie 1871, zu den Waffen greifen, und aus den heutigen eingeschüchterten Nationen - richtiger: aus der heutigen, durch die Opportunisten mehr als durch die Regierung desorganisierten Arbeiterbewegung - wird zweifellos, ob früher oder später, jedenfalls aber ganz bestimmt ein internationaler Bund 'schrecklicher Nationen' des revolutionären Proletariats entstehen." (Lenin, 1916, LW23, S.95)

13. Februar 1990